

11. ds. Mts., abends  
 Badischen Hofes eine  
 Versammlung  
 Die Tätigkeit des Vereins  
 für das Jahr 1922.  
 Insbesondere solche, welche  
 im Jahr zu bauen, sind  
 für die Kapellenberg-  
 bebauung  
 von 2-5 Uhr und am  
 Vormittags von 10-12  
 ausgestellt. Zur Führung  
 sind an beiden Tagen ein  
 ein.

Der Vorf. des Vorstandes:  
 Staudenmeyer.

**Einladung**  
**ations-**  
**lungen**  
**Liebenzell**  
 4-11m.  
 tags 4 Uhr:  
 1/2 Uhr:  
 ation.  
 abend 8 Uhr.

Glaube an die Bibel  
 "Wir heute noch an  
 Schrift glauben?"  
 dem Tode wirklich  
 ?"  
 rmann frei!

**Neuer-Magold**  
**Magd,**  
**Alfter,**  
**benjuppen,**  
**en-Anzüge**  
 in Samt,  
 n Englischleder,  
**leider**  
 öpner Auswahl.  
 ie Firma zu achten!

**vertreter**  
 chen oder besuchen lassen.  
**lich verdienen.**  
 Erford. zur kleinen Lage  
 e wenden sich schriftlich an  
 t, Ka z. i. 11.

Feinste  
**Eiernudeln**  
 pro Pfd. 8 Mk.,  
 feinstes

**Weizenmehl**  
 r. 00, pro Pfd. 4.50,  
 empfehle!

**Paul Burkhardt,**  
 Schreiner- und Tischlerhandl.

Für kinderlosen Haushalt  
 wird ein im hohen Alter  
 er dauernd, angenehme  
 stelle gesucht.

**Mädchen,**  
 als auch einige Hausarbeit  
 übernimmt bei hohem Lohn  
 er dauernd, angenehme  
 stelle gesucht.

Frau Emil Eudes,  
 Fabrikant, Pforsheim,  
 Bahnhofstraße 28.



Nr. 263. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang  
 Donnerstag, den 10. November 1921.  
 Belegpreis: In der Stadt mit Tragelohn Mk. 12.50, vierteljährlich, Belegpreis Mk. 12.00 mit Beleggeld. — Einzug der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

**Neueste Nachrichten.**

**Die Größe Entente hat von Ungarn verlangt, daß in Zukunft keine Habsburger, auch nicht durch die im Enttironungs-gesetz vorgesehene freie Königswahl wieder auf den ungarischen Königsthron gelangen könne.**

Die ungarische Regierung hat die Absicht ihres sofortigen Rücktritts bis auf weiteres aufgegeben.

Ungarn hat der Völkervereinigung mitgeteilt, daß es die Forderungen betr. die endgültige Abkehrung der Habsburger erfülle.

Die Feier des 9. November ist in Reichs und in Berlin in aller Ruhe und Ordnung und unter schwacher Beteiligung verlaufen.

Eine bekannte Persönlichkeit des badischen Zentrums, Geistlicher Rat Wacker, ist in Freiburg gestorben.

Die Entspannung in der mitteleuropäischen Krise zeigt sich in der teilweise Entmobbilmachung Südslawiens u. der Tschechoslowakei.

**Die Furcht der Entente vor der Bankrott-Erklärung Deutschlands.**

**Angregung wegen des Sturzes der Reichsmark.**  
 Der Berichterstatter des französischen Finanzausschusses zur Lage.

Paris, 10. Nov. In der gestrigen Sitzung der Kammer ergriff bei der Beratung der Finanzlage Frankreichs der Berichterstatter des Finanzausschusses, de Castelle, das Wort und erklärte, der Sturz der deutschen Mark und der österrichischen Krone würde nur den geldlichen Bankrott Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen Bankrott herbeiführen, weil Deutschland seine gesamte wirtschaftliche Ausrüstung bewahre. Durch den Sturz der Mark werde der Mittelstand in Deutschland graulich in Mitleidenschaft gezogen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne, aber die Alldeutschen unternehmen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Was wolle die Regierung unternehmen, wenn Deutschland baldigt die Anwendung des Artikels 23 des Friedensvertrags verweigere? Frankreich habe vorgeschlagen, Deutschland entgegenzukommen, aber andere Alliierten hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summe bezahlt werde, die man ihnen schulde. Von diesem Tag an sei die Mark gefallen. Frankreich habe nicht nur nichts getan, um den Sturz der Mark herbeizuführen, es habe im Gegenteil durch das Abkommen von Wiesbaden viel zur Erleichterung der geldlichen Lage Deutschlands beigetragen. Die jetzige Ursache des Marksturzes sei die Unordnung der deutschen Finanzen. de Castelle erklärte, wenn der Deutsche 1000 Mark zahle, zahle der Franzose 520 Francs. Das sei zehnmal mehr. Angesichts dieser Lage müsse die Garantiekommision funktionieren, um die Kontrolle der Steuereinnahmen und des gesamten Devisenhandels in Deutschland herbeizuführen. Die Alliierten hätten direkt nach dem Krieg eine Politik der Finanzsolidarität treiben müssen. Entweder Deutschland oder Frankreich bezahle. Einen Mittelweg gebe es nicht.

**Pfändung des Reichsbesitzes?**

Milano, 9. Nov. Der „Secolo“ meldet nach der „Südd. Ztg.“ aus London: In britischen Finanzkreisen verlautet, daß die Alliierten Deutschland einen Aufschub der Januarzahlungen zubilligen werden, um dessen Lage und die der alliierten Valuten nicht weiter zu verschlechtern. Dies werde jedoch nicht den ganzen Verzicht auf die Wiedergutmachungen bedeuten. Wenn Deutschland bankrott werden wolle, würden es die Alliierten nicht daran hindern; sie würden vielmehr Pfänder für ihre Guthaben zu erlangen suchen, selbst wenn sie nicht eine Herabsetzung ihrer Forderungen billigen würden, so daß eine Inventur über die Hilfskräfte in Deutschland aufgenommen werden würde, um sie mit einer Art Hypothek zu Gunsten der alliierten Interessen zu belassen. In diesem Zusammenhang wird auf den wertvollen Besitz Deutschlands an Eisenbahnen und Kohlenbergwerken hingewiesen, dessen Ausbeutung durch die Alliierten vorgenommen werden könnte; mit anderen Worten: Deutschland würde einer Kontrolle durch seine Gläubiger unterstellt werden, wie es England bereits mit der Türkei, Ägypten und Griechenland getan hat. Diese Drohung dürfte Deutschland veranlassen, der Notenausgabe ein Ziel zu setzen und andere Finanzmittel zu beschaffen. Indessen bleibt die englische Öffentlichkeit überzeugt, daß die von Deutschland geforderten Wiedergutmachungssummen übertrieben sind und die Alliierten ihre Interessen besser wahren würden, wenn sie sich baldmöglichst mit Berlin über eine Herabsetzung verständigen und die ganze Wiedergutmachungsfrage in Erwägung ziehen würden.

**Deutschenetze im französischen Senat.**

Paris, 9. Nov. In der gestrigen Senatssitzung besprach Senator Jassy eingehend die Finanzlage der Entente. Man dürfe sich mit einem angeblichen deutschen Bankrott nicht schrecken lassen. Man dürfe den Bankrott nicht annehmen und müsse sich an den natürlichen Reichsübern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, müsse man alle internationalen und strategischen Eisenbahnlagen besitzigen und die beiden Rheinfurten neutralisieren. Das wäre eine ernsthafte Friedensgarantie und eine Frage, mit der sich der Völkerverein beschäftigen müsse. Der Senator schlug eine internationale Anleihe bei den Neutralen vor, um die französische Finanzlage zu bessern. Diese Anleihe solle durch eine Hypothek auf das deutsche Vermögen gedeckt werden. Schließlich nahm der Senat eine Tagesordnung an, in der gesagt wird, man habe Vertrauen zur Regierung, daß sie nicht zulassen werde, daß Deutschland sich seiner Verpflichtungen entziehe.

**Die englische Presse zum Sturz der Reichsmark**

London, 9. Nov. „Evening News“ schreiben, der fortgeschrittene Sturz der Reichsmark und seine erneuten Auswirkungen auf die englischen Auslandsmärkte verurachen der Regierung ernste Sorge. In einem Artikel im „Manchester Guardian“ führt Professor Keynes aus, das Zurückgehen, das durch die Versuche der deutschen Regierung, ausländische Währung zur Bezahlung der Reparationen zu beschaffen, eingeleitet wurde, sei wahrscheinlich im späteren Stadium darauf zurückzuführen, daß die Spekulationen der ganzen Welt vollständig den Kopf verloren und ihre Marktvorräte auf die Märkte schleuderten. Der zukünftige Wert der Mark hänge jetzt von der Politik der Alliierten ab. Wenn der Wechselkurs der Mark auf dem augenblicklichen Stand verharre und die deutschen Inlandspreise auf ihn eingestellt würden, so seien weit größere Mengen von Noten als bisher erforderlich, um die Geschäfte Deutschlands weiterzuführen. Die Vermehrung der Notenausgabe in Deutschland sei das Ergebnis des Zusammenbruchs der deutschen Währung und nicht umgekehrt und werde dann außerhalb der Kontrolle der deutschen Regierung stehen.

**Die Reparationskommission in Berlin.**

Berlin, 10. Nov. Die Mitglieder der Reparationskommission sind gestern nachmittag in Berlin eingetroffen. Ueber die Absichten der Kommission wissen die Blätter nur mitzuteilen, daß sie sich an Ort und Stelle über die Finanzlage Deutschlands informieren wolle. Ueber die Einzelheiten ihres Programms ist auch an Berliner zuständigen Stellen nichts bekannt.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird heute das Reichskabinett über eine Eindämmung der Markentwertung beraten und Richtlinien für die kommende Besprechung mit der Reparationskommission aufstellen.

**Der Bericht der Kommission zur Regelung der Bejahungskosten.**

Paris, 8. Nov. Havas veröffentlicht einen Bericht der Kommission, die auf Grund des Beschlusses des Obersten Rats vom 30. August über die Herabsetzung der Okkupationskosten und der Unterhaltungskosten mit den verschiedenen Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet beraten hat. Nachdem die Kommission auf der Grundlage des Okkupationsbestandes die Höhe der Ausgaben für das Bejahungsheer festgestellt hat, ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kosten für das Jahr 1922 um 22 Millionen geringer sind als für die vergangenen Jahre. Die Kommission hat andererseits verfügt, daß ein vollständiges Budget aufzustellen ist für die Leistungen, die Deutschland nach Artikel 8 bis 12 des Annexes zum Friedensvertrag von Versailles zu zahlen. Es handelt sich hier um die Unterbringung der Mannschaften und Wagnere, um die Stellung von Licht und Heizung und den Transport der Truppen zu Wasser und zu Lande, ferner um die zu gewährenden Vorfreiheiten. Verschiedene Vorschläge seien gemacht worden, um eine noch stärkere Verminderung der Kosten als die angeforderte zu erzielen, aber die verschiedenen Delegationen hätten zu keinem einheitlichen Beschlusse kommen können. Infolgedessen sei ein Programm an gestellt worden, das dem Obersten Rat zur Annahme empfohlen werde, in dem allerdings nicht die zu erzielende Herabsetzung der Ausgaben beziffert sei, das aber betone, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zugunsten der Reparationen erzielt werden müsse. Um zu einem derartigen Ergebnis zu gelangen, wird die Schaffung eines Ausschusses vorgesehn, der aus Vertretern der verschiedenen Bejahungsheere zusammengesetzt ist. In einem umfangreichen Resolutionsentwurf, den in allen Einzelheiten die Grundlagen mitgeteilt, die für die Regelung der Kosten der Bejahungsheere zur Anwendung gelangen unter Einbeziehung der Anstrengungen, die gemacht

werden könnten, um sie herabzusetzen. Die Kommission hat auch die Frage der Ausgaben für die Zivilkommission geprüft, wobei aber die Prüfung der Unterhaltungskosten für die militärischen Kontrollkommissionen beiseite gelassen. Die Kommission hat festgestellt, daß außer der Interalliierten Oberkommission für die Rheinlande, deren Tätigkeit mit der Okkupation aufhöre, die meisten vom Friedensvertrag vorgesehene Kommissionen, deren Lasten Deutschland zufallen, ganz oder teilweise demnächst ihre Arbeiten beendet haben werden. Was die rheinische Oberkommission anbetrifft, so habe die Kommission gefunden, daß es unmöglich sei, Vergleiche zu ziehen zwischen den Kosten der verschiedenen Delegationen angesichts der Erfahrungen, die die verschiedenen Okkupationszonen trennen. Die Kommission habe es jedoch für möglich gehalten, dem Obersten Rat vorzuschlagen, die rheinische Oberkommission zu rücken, in eine ernsthafte Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die die Herabsetzung der Kosten aller Kategorien von Ausgaben herbeiführen könnten, damit sie auf ein mit ihrer Mission in Einklang stehendes Minimum zurückgeführt werden könnten.

**Die mitteleuropäische Krise.**

**Endgültige Entthronung der Habsburger.**  
 Budapest, 10. Nov. Die Ententemächte haben verlangt, daß in Zukunft keine Habsburger, auch nicht durch freie Königswahl auf den ungarischen Königsthron gelangen können. Da das Entthronungsgesetz schon verabschiedet ist, wird die Regierung noch im Amt bleiben, ohne diese Frage zu lösen. Auch der Umstand, daß aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien noch keine amtlichen Meldungen vorliegen, gibt Anlaß zur Verschiebung des Rücktritts.

**Die Verfolgung des Königsputsches.**  
 Budapest, 9. Nov. Die Staatsanwaltschaft hat über den früheren Minister des Innern, Graf, der in den letzten Tagen wiederholten Verhören unterzogen wurde, die Untersuchungshaft verhängt. Auch in der Provinz sind Erhebungen in der Angelegenheit des Königsputsches im Gange.

**Teilweise Entmobbilmachung in Südslawien.**  
 Graz, 9. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Mit Rücksicht auf die Entwicklung in Ungarn beschloß der Ministerrat eine teilweise Abrüstung der einberufenen Reservisten. Die aktive Armee soll so lange an der Grenze bleiben, bis ein anderes Verhältnis in Ungarn eingetreten sei. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist wieder aufgenommen.

**Prag, 9. Nov. Die Demobbilmachung der Armee beginnt am 10. November und soll vor Ende November völlig durchgeführt sein. Der Präsident der Republik gibt in einem Armeebefehl seiner Genehmigung darüber Ausdruck, in welcher kurzer Zeit die Armee marschbereit gemessen sei. Die rasche Konzentrierung der bewaffneten Kräfte habe einen entscheidenden Einfluß auf die günstige Entwicklung der Ereignisse gehabt.**

**Vom tschechisch-polnischen Vertrag.**

Warschau, 10. Nov. Der tschechisch-polnische Vertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen: Beide Staaten garantieren sich gegenseitig ihre Integrität auf Grund der Verträge, denen sie ihre Unabhängigkeit und ihr Bestehen verdanken. Falls einer der beiden Staaten von einem seiner Nachbarn angegriffen wird, verpflichten sich beide Staaten gegenseitig zu wohlwollender Neutralität und zu dem Zugeständnis freier Durchfuhr von Kriegsmaterial. Der Vertrag gilt für fünf Jahre.

**Die Durchführung des Diktats von Genf-Paris.**

**Einholen der Ansichten und Wünsche der Oberschlesier.**  
 Berlin, 9. Nov. Der stellvertretende deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald, und der preußische Generalvertreter beim deutschen Bevollmächtigten, Unterstaatssekretär z. D. Göppert, werden in den nächsten Tagen in Breslau und Oberschlesien mit Vertretern der Arbeitgeber, der Beamten, der Angestellten und Arbeitnehmer, sowie mit den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden die aus der Entscheidung der Völkervereinigung über Oberschlesien sich ergebenden wirtschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Fragen erörtern und dadurch in die Lage kommen, die Wünsche des Abstimmungsgebietes wie der Provinz Schlesien noch einmal mit berufenen Vertretern dieser Gebiete eingehend zu beraten.

**Vorbereitungen zu den Verhandlungen im Auswärtigen Amt.**  
 Berlin, 10. Nov. Einer Korrespondenz zufolge sind zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien gestern im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Ministerialdirektor v. Stodhammern eine Sitzung des Unterausschusses für das Zollwesen statt. Der Sitzung wohnte auch der

Deutsche Bevollmächtigte, Reichsminister a. D. Schiffer, sowie sein Stellvertreter, Staatssekretär Dr. Lewald, bei. Es wurden sowohl die Zollfragen, als auch die Fragen der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Genfer Diktats einer genauen sachlichen Prüfung unterzogen.

## Zur Lage in Rußland.

Der Zustand in der Ukraine.

Helsingfors, 8. Nov. Die Moskauer „Zvezditsja“ meldet, daß die aufständischen Ukrainer unter dem Befehl des Generals Titunik eine Reihe Städte besetzt haben. Bei der Eroberung von Soltomir wurden 3000 Kommunisten getötet. In Odessa ist die Mobilisierung angeordnet worden.

Prag, 7. Nov. Ueber den neuesten Zustand Petschuras melden galizische Blätter: Die Aufständischen haben mehrere Gemeinden angegriffen und besetzt und die Sowjetbeamten ermordet. Dieser Zustand soll im Zusammenhang mit den Revolutionen in Kiew und Cherson stehen. Petschura soll den Aufstand leiten und eine interimistische Regierung gebildet haben. Amnestie für die ehemaligen Soldaten der Gegenrevolution.

Kopenhagen, 8. Nov. Das Büro „Nosta“ meldet aus Moskau: Am vierten Jahrestag der Revolution vom 7. September hat das Präsidium des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees eine Verordnung erlassen, wonach allen Arbeitern und Bauern, die als gemeine Soldaten in den militärischen Organisationen Rotjuchas, Denetins, Bulal Balschowschtsch, Peremptsins und Judentichs Dienst getan haben, Amnestie erteilt und ihnen die Erlaubnis gegeben wird, nach Rußland zurückzukehren.

## Frankreich zur Anerkennung der russischen Schulden durch die Sowjetregierung.

Paris, 8. Nov. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur meldet von Bord des Dampfers „Lafayette“, Ministerpräsident Briand habe dem Quat d'Orsay die Antwort auf die Note der Sowjetregierung übermittelt. Der Sonderberichterstatter glaubt, daß die französische Regierung in der Note von der Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierung bei den Alliierten Kenntnis nehmen, aber Garantie verlangen werde, sowie Sicherheit dafür, daß die gegenwärtigen Führer Rußlands die internationalen Gebräuche der zivilisierten Völker annehmen. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt würden, werde die französische Regierung die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland in Betracht ziehen können.

## Ausland.

### Englische Vorschläge zum Wiesbadener Abkommen.

London, 9. Nov. Gestern abend traf der Bericht des britischen Delegierten in der Reparationskommission Sir John Bradbury über das Wiesbadener Abkommen ein. Es heißt darin, daß dieses Abkommen Deutschland eine Last auferlege. Deutschland glaube zwar die Beschaffung ausländischer Devisen selbst mittels einer mehr als gleichwertigen Verpflichtung, die durch die Ausfuhr von Waren erhöht werden könne, zu erleichtern. Die hinzukommenden Lasten seien jedoch so groß, daß Deutschland sie nicht ohne Schaden tragen könne. Auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark sei eine starke Entwertung der Mark eingetreten und die Bezahlung der übrigen Raten könne noch nicht als gesichert angesehen werden. Die Folgen des Wiesbadener Abkommens könnten sein, daß in der Verteilung der verfügbaren Reparationen für einen sehr beträchtlichen Zeitraum eine Verringerung zu Gunsten Frankreichs erfolge. Es seien darum folgende Bürgschaften nötig, die Sir John Bradbury zusammen mit amerikanischen, italienischen und belgischen Kollegen in der Reparationskommission vorgebracht habe: 1. Es soll eine Zeitgrenze festgesetzt werden, nach deren Ablauf keine neue Aufschiebung des deutschen Debets gestattet werden soll. Dieser Zeitraum soll das Jahr 1922 nicht überschreiten. 2. Es soll der Gesamtbetrag des ausgeschobenen Debets Frankreich gegenüber etwa 4 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. 3. Frankreich soll von Zeit zu Zeit für das allgemeine Reparationskonto Beträge einzahlen, um den anderen Alliierten ihren Anteil an den von Deutschland geschuldeten Beträgen zu sichern.

### Vom Wiederaufbau in Frankreich.

Paris, 8. Nov. Marcel Dupont berichtet im „Echo de Paris“, daß gestern Vormittag der Direktor der Sureté Generale mit Vertretern der Aufbaugesellschaften und des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) eine Unterredung hatte wegen des Wiederaufbaus der elf Dörfer in der Gegend von Peronne durch deutsche Arbeiter, über den mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften verhandelt werde. Dupont stellt fest, daß die Frage der Verwendung von Arbeitskräften zum Wiederaufbau jetzt aktuell werde, denn man brauche 100 000 Arbeiter, die in Elsass nach Frankreich kommen müßten, besonders gelernte Arbeiter wie Maurer, Zementarbeiter, Stuckarbeiter, Zimmerleute und Tischler. Ungelernte Arbeiter dagegen besitze Frankreich in genügender Menge. Als Länder, die für die Beschaffung von Arbeitern in Frage kämen, bezeichnet Dupont Italien, Polen und die Tschechoslowakei. Ueber die Lösung dieser Frage habe übrigens dieser Tage eine Unterredung mit dem Arbeitsminister stattgefunden, der auch Seydoux für das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beigegeben habe. Die Frage habe für Frankreich auch eine ethnographische Bedeutung, da voranzusehen sei, daß ein Teil dieser Einwanderer sich in Frankreich festsetzen werde.

### Wirtschaftsverhandlungen der baltischen Nachfolgestaaten.

Porto Rufe, 10. Nov. Die Wirtschaftskommission der Nachfolgestaaten hat sich bisher über folgende Punkte geeinigt: Die Ein- und Ausfuhrverbote der Nachfolgestaaten sollen innerhalb bestimmter Grenzen beseitigt werden. Im Laufe der nächsten Tage werden die Verhandlungen über Handelsverträge zwischen denjenigen Nachfolgestaaten geführt werden, zwischen denen solche Verträge noch nicht

bestehen. Die Postkommission hat Tarife festgesetzt, die für den Verkehr zwischen den Nachfolgestaaten niedriger sind als im Verkehr mit anderen Ländern. Außerdem gilt für den Telegraphenverkehr zwischen den Nachfolgestaaten ein Tarif, der viel niedriger ist als die internationalen Tarife.

### Auch ein englisch-türkisches Sonderabkommen?

Paris, 9. Nov. Die englische Botschaft in Paris erklärt durch die Havasagentur, das vom „Matin“ veröffentlichte englisch-türkische Abkommen vom 2. Dezember 1919 sei in allen Stücken erfunden. Derselbe Text sei übrigens am 11. Februar 1920 in einer anderen Pariser Zeitung erschienen und schon bei dieser Gelegenheit demontiert worden.

## Deutschland.

### Die erste Anrufung des Völkerbundes auf Grund der Note vom 20. Oktober 1921.

Berlin, 8. Nov. Dem Völkerbundsrat ist in der Note vom 20. Oktober 1921 die Prüfung aller Petitionen vorbehalten worden, in denen eine Verletzung des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen sogenannten Minoritätenvertrages behauptet wird. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, die von der polnischen Regierung im Widerspruch zum Friedensvertrag in dem polnischen Posen und Pommern jüngst angeordneten Liquidationen vor ein internationales Forum zu bringen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat sich Herr v. Tiedemann nunmehr, nachdem ihm ein Liquidationsbeschuß zugestellt wurde, durch seinen Rechtsbeistand nach Genf an den Völkerbund gewandt. Er hat gleichzeitig die Botschaftskontoren in Paris und die Vertreter der Garantemächte des Minoritätenvertrages von den durch die polnische Regierung begangenen Vertragsverletzungen in Kenntnis gesetzt.

### Die „schwarze“ Börse in Danzig.

Berlin, 9. Nov. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Danzig meldet, wurde an der „schwarzen Börse“, die sich auf offener Straße abspielt, ein jahwunghafter Handel mit geschmuggelten und gefälschten polnischen Noten getrieben. Gestern mittag wurde unvermutet der ganze Straßenteil abgesperrt und alles, was sich nicht ausweisen konnte, zur Polizei gebracht. Die Festgenommenen sind größtenteils Ausländer. Etwa 20 von ihnen waren polizeilich überhaupt nicht gemeldet. Die Festgenommenen wurden, soweit es nötig erschien, über die Grenze abgeführt.

### Der Zentrumsführer Wacker †

Freiburg i. Br., 9. Nov. Geistlicher Rat Wacker, ein langjähriger bekannter Führer der badischen Zentrumspartei, ist heute mittag im hohen Alter an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

### Orkanartige Stürme am 6. November.

Durch Nord-, Mittel- und Westdeutschland tobte am 6. November ein Sturm, der große Verheerungen angerichtet hat. Besonders in Mitteldeutschland gezogen sind Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr. Wie das Berliner Wetterbüro mitteilt, ist der Sturm auf ein sehr tiefes barometrisches Minimum zurückzuführen, das mit großer Geschwindigkeit vom Atlantischen Ozean über Irland und die südliche Nordsee nach Deutschland kam und sich jetzt östlich der Oder befindet. Die milden Südwestwinde, die wir vor dem Sturm hatten, sind infolge der barometrischen Verschiebung nach südwestlicher Richtung umgeschlagen, so daß jetzt ein ziemlich kühlher Nordwestwind herrscht, der von starken Regenschauern und von leichten Schneehauern begleitet ist. Das Tief ist in seinem Zentrum, also Skandinavien, zuletzt bis unter 740 Millimeter gesunken. Derartige tiefe Minima sind zu dieser Jahreszeit keineswegs selten, aber dennoch ist dieser Witterungsumschlag infolge vorausgegangener Erwärmung plötzlich unangenehm in Erscheinung getreten, zumal solche Windströmungen gewöhnlich nur durch die nordischen Staaten ziehen. Als Prognose für die nächsten Tage stellt der Wetterdienst in Aussicht: Nachlassen des Sturmes und der Niederschläge, sowie eine weitere Abkühlung. Mit Frost ist vorläufig nicht zu rechnen. Die Störungen der Telegraphenleitungen infolge des Sturmes in ganz Deutschland mit Ausnahme der östlichen Linien sind ziemlich allgemein, während die Unterbrechung der Telefonleitungen sich mehr auf die Haupt- und Nebenlinien in Mittel-, Süd- und Westdeutschland beschränkt. So waren im Laufe des Montags Verbindungen mit Dresden, Halle, Kassel, Bamberg, Nürnberg, München, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Eren, Münster, Hamburg und anderen Orten überhaupt nicht oder nur mit großen Umleitungen zu erhalten. Amtlich wird über die Störungen im postalischen Betrieb bekanntgegeben: Infolge der Witterungsverhältnisse sind wieder große Betriebsstörungen im Fernsprech- und Telegraphenbetrieb, insbesondere im Verkehr mit Westdeutschland und dem Auslande durch Leitungsstörungen eingetreten. Die Telephonverbindungen mit London, sind seitdem auf englischem Gebiet unterbrochen. Störungen von Telegraphenleitungen bestehen im Verkehr mit Frankreich, Holland, Belgien, Schweiz und Italien. Im Fernsprechbetrieb ist der Auslandsverkehr mit Wien, Prag, Budapest, Kasel, Zürich, Mailand, Paris, Rotterdam und Kopenhagen gestört.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. November 1921.

### Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt in Calw.

Bei dem am 9. 11. 1921 abgehaltenen Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 140 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter 10 Stück Ochsen, 14 Stück Zugtiere, 60 Kühe, 38 Kalbinnen, 20 Rinder. Der Preis für fettes Ochsen bewegte sich zwischen 20—23 000 M. Stiere 12—18 000 M. pro Paar. Kühe kosteten 8—10 000 M., trüchtige Kalbinnen 7—10 000 M., Schlachttiere 5—7 000 M., Rinder 2—4 500 M. Pferde waren nur 5 Stück zugeführt, meist geringe Qualität.

Auf dem Schweinemarkt waren 30 Stück Käufer und 300 Stück Milchschweine zugeführt. Der Preis für Käuferfleisch bewegte sich zwischen 700 und 1400 M. Bei Milchschweinen zwischen 280—500 M. pro Paar.

Auf dem Vieh- und Schweinemarkt war der Handel ziemlich lebhaft.

### Bauholz für Wohnungsbauten.

Durch eine Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen wird die Lieferung von Bauholz zu Vorzugspreisen für gemeinnützige Wohnungsbauten neu geregelt. Als gemeinnützig sind Wohnungsbauten anzusehen, zu denen öffentliche Baukostenzuschüsse oder Baudarlehen gewährt werden können. Das zu Vorzugspreisen abzugebende Holz wird aus Waldungen der Gemeinden, des Staates oder der Einzelbesitzer von Wald entnommen. Ueber die Leistungsfähigkeit der Gemeinden entscheidet die Wohnungsabteilung des Ministeriums des Innern im Benehmen mit der Körperchaftsforderdirektion. Holz aus Staatswaldungen soll nur in dem Umfang abgegeben werden, in dem die Gemeinden zur Abgabe nicht in der Lage sind. Die Höhe des Preisnachlasses richtet sich nach dem jeweiligen Marktpreis. Sie beträgt auf der Grundlage des Marktpreises vom Oktober 1921 bis zu 200 M. bei einem Festmeter. Bei der Holzabgabe vom Staatswald erfolgt gleichfalls Preisnachlass oder wird dieser mit dem Baudarlehen bar ausbezahlt. Bei Bemessung der Preisermäßigung sind im Einzelfall wohnungspolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Preisnachlass muß tatsächlich den Bauherren zugute kommen. Die Prüfung und Bescheidung der Gesuche erfolgt durch das Ministerium des Innern, bei Rundholzabgabe aus Staatswaldungen durch die Forstdirektion. Der Preisnachlass wird für eine Wohneinheit auf 50 Festmeter Rundholz für Zimmer-, Schreiner- und Glaserarbeiten beschränkt. Bei Mehrbedarf tritt eine Verminderung des Preisnachlasses ein. Gesuche sind durch Vermittlung des Forstamts an das Ministerium des Innern zu richten (Wohnungsabteilung).

### Der Saatenstand.

Nach dem Saatenstandsbericht des Statistischen Landesamts zu Anfang des Monats November zeigen die Winterfrüchte einen mittleren Stand. Die Felder sind überall geerntet, die Oktoberfrüchte konnten keinen Schaden anrichten. Die Ausfaat der Winterfrüchte wurde verzögert, so daß zu Anfang dieses Monats in allen Gegenden des Landes viele zur Bestellung mit Winterfrucht bestimmte Felder noch nicht angefüllt waren. Auch das Adern der Felder konnte wegen zu großer Trockenheit noch nicht überall beendet werden. Die frühzeitig in den Boden gebrachten Saaten sind befriedigend aufgegangen, stehen teilweise sogar so üppig, daß bei viel Schnee im kommenden Winter eine Schädigung zu erwarten ist. Spät eingebrachte Saaten sind vielfach ungleich und lückenhaft aufgegangen, so daß jetzt schon nachgeholt werden mußte. Auch die massenhaft auftretenden Mäuse richten in den jungen Saaten erheblichen Schaden an, so daß im Frühjahr mit Umpflanzungen gerechnet werden muß. Wenn die nasse und doch verhältnismäßig milde Witterung, wie sie die erste Novemberwoche gebracht hat, noch einige Zeit anhält, so ist zu hoffen, daß die Herbstsaaten doch noch befriedigend in den Winter kommen. Ein genaueres Urteil wird sich erst im Dezember ermöglichen lassen.

### Kriegergedenkeichen und Luzussteuer.

Der Bund für Heimatlich schreibt uns: Den Gemeinden wird gegenwärtig oft der geschmackloseste Schund an Jubiläumswaren als Erinnerungsgedekchen für ihre gefallenen Helden angeboten unter dem Vorbehalt, daß die Gemeinden für künstlerische Denkmäler Luzussteuer zahlen müßten. Viele Gemeinden lassen sich dadurch tatsächlich davon abreden, sich um Beratung an sachverständige Stellen zu wenden. In Wirklichkeit verhält es sich aber mit der Luzussteuer so: Durch das Gesetz sind tatsächlich auch die Kriegergedenkeichen als „Zier- und Schmuckgegenstände“ Luzussteuerpflichtig. Von der Luzussteuer befreit aber sind nach dem gleichen Gesetz „Erinnerungsmale und Tafeln in schlichter Ausführung“. Ob eine solche schlichte Ausführung vorliegt, ist nach einer Äußerung des Landesamts von Fall zu Fall zu prüfen. Da aber künstlerisch und schlicht zwei Dinge sind, die sich fast immer miteinander decken, so werden auch wirklich gute Erinnerungsgedekchen von Künstlern wohl immer von der maßgebenden Amtsstelle als „schlichte Ausführung“ anerkannt werden. Für Württemberg ist die ein- und das Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung für Kriegergedekchen, Stuttgart.

### Verbraucherkammer für Württemberg und Hohenzollern.

In der kürzlich unter dem Vorsitz des Abg. Feuerstein abgehaltenen Vorstandssitzung der Kammer wurde beschlossen, an die Regierung und den Landtag eine Eingabe wegen Anerkennung der Kammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft zu richten. Die Befreiung der Konsumvereine von den Beiträgen zu den Handelskammern wird als selbstverständliche Folge der Anerkennung angesehen. — Bezüglich der sich ständig verschärfenden Teuerung wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Kammer der Auftrag erteilt, ein Gutachten auszuarbeiten, um in einer Entschließung der Kammer die Regierung auf die nötigen Maßnahmen zur Milderung und Abhilfe hinzuweisen.

### Vom Landtag.

Der Petitionsausschuß des Landtags hielt am Dienstag eine Sitzung, in der zahlreiche Eingaben als ungeeignet für die Erörterung im Plenum erklärt bzw. auf den Instanzenweg verwiesen wurden. Für andere Eingaben wurden Referenten bestellt. Bezüglich der Eingaben unabgesetzter Kriegsteilnehmer wurde erklärt, daß Bestände des alten Heeres in Württemberg nicht mehr vorhanden sind.

lages des  
verreits  
ber zujan  
schaft der  
den des  
Genzler-  
(S. 3)  
unter die  
li-gen. A  
lich zu v  
Muf  
Im  
lange do  
todenes,  
neigtes

(S. 3)  
sen Ramml  
lung der  
eröffnet,  
Regierung  
Stübele)  
schäftlichen  
auf die w  
wie durch  
fung Ober  
hereingebr  
dem Ueber  
und eine  
wirtschaft  
Produktion  
schafft erge  
werde die  
die Führer  
es einem i  
am besten  
zu befrag  
Stadt und  
Preisen an  
Abg. M  
Präsidenten  
zu spreche  
jahr und  
warmes K  
sulum habe  
ermäßigt  
Getreide g  
Direktor  
hierauf üb  
richtung u  
wirtschaftl  
steigern un  
Der Plan

M  
Im G  
D  
eingetr.  
Sich in  
Zweck  
ihrem Geld  
in verzinst  
geben, müß  
dem kann  
lichen Anka  
den gemein  
vermitteln.  
bunden wer  
Vorjahr  
1. Kull  
2. Ged  
3. Cug  
4. Cug  
5. Whi  
woh  
Rechts  
die Genoss  
Stellvertre  
Die Zeichn  
100 M und  
vom Vorja  
Die Bel  
der Firma d  
den Vorjahr  
amiszugris  
Die Ein  
Dienststunde  
Den 3.

2 tü  
zu  
sucht b  
u  
C. Pfleg  
Zur C  
ein B a

**EM Käufer und**  
**Preis für Käuferschweine**  
**Bei Milchschweinen**  
**war der Handel ziem**  
**gsbauten.**  
 den des Innern und den  
 Holz zu Vorzugpreisen  
 geregelt. Als gemein  
 denen öffentliche Bau  
 werden können. Das  
 rd aus Waldungen der  
 lbesitzer von Wald ent  
 der Gemeinden entsche  
 eriums des Innern im  
 tion. Holz aus Staats  
 egeben werden, in dem  
 Lage sind. Die Höhe  
 jeweiligen Marktpreis,  
 ertpreises vom Oktober  
 r. Bei der Holzabgabe  
 reismachlag oder wick  
 ht. Bei Bemessung der  
 ungsvollständige Geschäfts  
 lag muß tatsächlich den  
 ng und Bescheldung der  
 des Innern, bei Num  
 die Forstdirektion. Der  
 eit auf 50 Festmeter  
 nd Glaserarbeiten im  
 eminderung des Preis  
 nmittlung des Hofstaats  
 richten (Wohnungsab  
 b.  
 tatistischen Landesamts  
 gen die Winterfrüchte  
 d überall geleert, die  
 rrichten. Die Ausfaat  
 so daß zu Anfang  
 des Landes viele zur  
 e Felder noch nicht  
 edert konnte wegen zu  
 beendet werden. Die  
 aten sind befriedigend  
 ig, daß bei viel Schnee  
 zu erwarten ist. Spät  
 ch und lüdenhaft auf  
 erden mußte. Auch die  
 in den jungen Saaten  
 hr mit Umpflügungen  
 te Novemberwoche ge  
 it zu hoffen, daß die  
 Winter kommen. Ein  
 ber ermöglichen lassen.

**(S. 2.) Stuttgart, 9. Nov.** Aus Anlaß des 60. Geburts  
 tages des Abg. Löhner, des Vorsitzenden des Württ. Lehrers  
 vereins wird der Gesamtvorstand des Vereins am 26. Novem  
 ber zummentreten und in einer Gauerversammlung der Lehrers  
 chaft dem Führer ihre Glückwünsche entbieten. Zum Vorsitzen  
 den des Stuttgarter Bezirksvereins wurde Mittelschullehrer  
 Fenzler-Utheim gewählt.

**(S. 2.) Cannstatt, 9. Nov.** Ein 6jähriges Mädchen kam  
 unter die Straßenbahn und gerade zwischen die Schienen zu  
 liegen. Der Wagen fuhr über das Kind weg, ohne es ernst  
 lich zu verletzen.

**Mitmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.**  
 Im Westen ist etwas Vorwärt ausgetreten, der aber nicht  
 lange vorhält. Am Freitag und Samstag ist zwar vorwiegend  
 todes, doch immer noch zu vereinzelt Schneehauern ge  
 neigtes Wetter zu erwarten.

**Hauptversammlung  
 der Württ. Landwirtschaftskammer.**

**(S. 2.) Stuttgart, 8. Nov.** Im Sitzungssaal der früheren Er  
 sten Kammer wurde am Dienstag nachmittag die 5. Hauptversamml  
 ung der Württ. Landwirtschaftskammer durch Präsident Adorno  
 eröffnet, der die Mitglieder, die Kammerbeamten, die Vertreter der  
 Regierung (Präsident Sting, Ministerialrat Springer, Regierungsrat  
 Stöbele) und als Gast Direktor a. D. Strebelt von der Landwirt  
 schaftlichen Hochschule in Hohenheim begrüßte. In einem Rückblick  
 auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Halbjahres zeigte er,  
 wie durch den Scheinfrieden von Versailles nicht nur die Zerrei  
 ßung Oberdeutschens, sondern auch das Valutaelend über Deutschland  
 hereingebrochen sei. Niemand könne die Fragen beantworten, ob wir  
 dem Uebermaß der Lasten erliegen oder ob die Feinde Einsicht haben  
 und eine andere Lösung der Reparationsprobleme finden. Die Land  
 wirtschaft scheine besonders berufen, durch vermehrte und verbesserte  
 Produktion dem Valutaelend zu begegnen, denn was die Landwirt  
 schaft erzeuge, brauche nicht eingeführt zu werden. Durch die Er  
 fassung der sog. Goldwerte, das Eindringen in die Vermögenshubstanz  
 werde die Landwirtschaft in ihrem Grunde erschüttert. Mögen sich  
 die Führer vorkennen, daß nicht dem Staate Unheil widerfährt. Wie  
 es einem Staate geht, der die Landwirtschaft nicht schützt, sieht man  
 am besten in Rußland. Mit ganzer Kraft wollen die Landwirte da  
 zu beitragen, daß die Produktion gefördert, daß das Verhältnis von  
 Stadt und Land gebessert und daß die Produkte zu annehmbaren  
 Preisen angeboten werden.

Abg. Vogt-Gochjen erwiderte auf die Ausführungen des  
 Präsidenten und kam auf die Regierungsumbildung in Württemberg  
 zu sprechen. Die Landwirte hätten bei der Notstandsaktion im Vor  
 jahr und bei der gegenwärtigen Hilfsaktion bewiesen, daß sie ein  
 warmes Herz für die Volksgenossen haben. Der Bezirk Nedar  
 rum habe trotz der denkbar schlechtesten Kartoffelernte 500 Ztr. zum  
 ermäßigten Preis zur Verfügung gestellt, außerdem 15-1600 Ztr.  
 Getreide zu herabgesetzten Preisen.

Direktor Strebelt von der Landwirtschaftskammer berichtete  
 hierauf über einen Grundplan für Wirtschaftsberatung und die Ein  
 richtung von Beispielswirtschaften. Der Zweck dieser ist, die land  
 wirtschaftl. Erzeugung durch sachgemäße Beratung der Betriebe zu  
 steigern und auf die Nachbarbesitzer durch das Beispiel zu wirken.  
 Der Plan wurde genehmigt.

Direktor a. D. Strebelt erstattete Bericht über einen Plan für  
 Prüfungen landwirtschaftl. Lehrlinge. Die Ausbildung soll in gut  
 geleiteten, von der Landwirtschaftskammer als Lehrwirtschaften aner  
 kannten Betrieben erfolgen und die Prüfung durch die Landwirt  
 schaftskammer vorgenommen werden. Auch dieser Grundplan fand  
 Annahme.

Direktor v. Strebelt: Immer deutlicher zeigt sich daß der Er  
 folg im landwirtschaftlichen Betrieb in erster Linie abhängt von der  
 Geschäftsrichtigkeit des Betriebsleiters. Es muß dafür durch den  
 Ausbau der landwirtschaftlichen Winterschulen gesorgt werden. Die  
 praktische Ausbildung der jungen Leute hat wie bei anderen Ge  
 werben in der praktischen Lehrzeit zu erfolgen. Das Ergebnis der  
 praktischen Anlagen soll deshalb durch eine Befähigungsprüfung fest  
 gestellt werden. Sechs solche Prüfungen mit 25 Lehrlingen wurden  
 in diesem Sommer in der Landwirtschaftskammer abgehalten. Sie  
 fanden statt auf dem Nischolzhof, dem Schachhof, Ammerhof, Schau  
 beck, Oberlinburg, und Aulendorf. Die Prüfung fand auf einem  
 Gut statt und dauerte den ganzen Tag. Die Lehrlinge hatten ihr  
 Können durch praktische Arbeiten im Stall, Scheuer, Fruchtboden  
 und Feld zu zeigen und mußten Auskunft über die von der Kom  
 mission gestellten Fragen geben. Damit ist ein guter Anfang in den  
 Lehrlingsprüfungen gemacht. Wenn die Zentralstelle für die Land  
 wirtschaft und die Landwirtschaftskammer in diesem Sinne weiter ar  
 beiten, wird wesentlich zur Förderung der Landwirtschaft und zur  
 Hebung des Berufsstandes beigetragen.

Professor Wacker-Hohenheim befragte die Ausführungen  
 und betonte den Mangel, daß in Hohenheim wohl sehr gute Di  
 plomprüfungen gemacht werden, daß die Kandidaten aber von der  
 Praxis der Landwirtschaft keine Ahnung haben.

Wetter Stauß-Böblingen brachte folgenden Antrag ein: Die  
 Landwirtschaftskammer möge durch den Ausschuß für Arbeiterfragen  
 prüfen, ob nicht auch für landwirtschaftliche Arbeiter eine entspre  
 chende Prüfung eingeführt werden könne.

Die Uebernahme der Ruzviehstallstelle Laupheim, eines  
 größeren landw. Gutes um den Preis von 1 Million Mark wurde  
 einstimmig genehmigt.

Die Landwirtschaftskammer wird sich an der Ausstellung des  
 landw. Hauptverbandes im Februar 1922 in Stuttgart, ferner an der  
 im Mai in Ulm stattfindenden Ausstellung der Deutschen Bauern  
 vereine und an der im Juni stattfindenden Ausstellung der Deut  
 schen Landwirtschaftsgesellschaft in Nürnberg beteiligen.

Ueber die Festsetzung von Normalpachtpreisen berichtete Direktor  
 Strebelt. Es wird empfohlen bei Pächtern ein Zehntel des  
 Durchschnittsertrags zu Grunde zu legen, also etwa 3 Ztr. Weizen für  
 1 Hektar.

Die landw. Frauenschulen Württembergs werden im Be  
 darfsfalle von der Landwirtschaftskammer finanziell unterstützt. Die  
 Errichtung einer neuen Frauenschule soll gefördert werden evtl. durch  
 Uebernahme des Schulbetriebs und der Anstellung der Lehrerinnen  
 durch die Kammer.

Landesökonomierat Wagner berichtete über die Beschaffung des  
 landw. Betriebskredits. Die in Württemberg bestehenden Institute  
 zur Befriedigung des Realcredits, Kreditverein, Landes- und Ober  
 amtsbank, die landw. Genossenschaften und Darlehnskassen  
 vereine bieten ein vorzügliches Mittel einer gesunden Realcreditbefrie  
 digung.

Vizepräsident Hornung und König unterstützen diese Aus

führungen und wenden sich dagegen, daß die Landwirte in Geldsachen  
 sich an die Großbanken wenden.  
 Abg. Ganser-Laupheim beklagt, daß die Bauern Tausende  
 für Möbel und Kleidungsstücke ausgeben, statt ihr Geld bei den Ge  
 nossenschaften anzulegen. Ueber kurz oder lang trete eine Wendung  
 in der landw. Rentabilität ein und dann sei Geld nötig. Auch das  
 Bauen werde von den Landwirten vernachlässigt.

Nach weiteren Bemerkungen wurde abgebrochen und die Be  
 ratung auf Mittwoch Vormittag vertagt. Dabei wird die Stellung  
 nahme zu den neuen Reichsteuerplänen von besonderer Bedeutung  
 sein.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**  
**Valuta-Markt.**

**Frankfurt a. M., 9. Nov.** 11 B. Devisen schwanden, ehet  
 ich wäher. Kabel Newyork 274, Holland 9400 Schweiz 3100,  
 Paris 2000, London 1075. (Frankf. Ztg.)

**Berlin, 9. Nov.** Am Devisenmarkt setzte sich im Früh  
 vortag die Abwärtsbewegung des gestrigen Nachmittags bei  
 großer Zurückhaltung und erheblichen Schwankungen weiter  
 fort. Gegen 10 Uhr bedangen Auszahlung Newyork etwa 270,  
 London 1060, Holland 9300.

**Bericht der Remptener Butter- und Käsebörsen.**

**(S. 2.) Stuttgart, 9. Nov.** Preis für Butter 23.53 M pro  
 Pfd. einschl. der Verläufe nach Börsendurchschnitt 23.53 M.  
 Gesamtumjah: Butter 93 810 Pfund. Preis für 20proz. Weich  
 käse 8.23 M pro Pfund. Gesamtumjah: 430 773 Pfund. Preis  
 für Allgäuer Rundkäse 13.84 M, einschl. der Verläufe nach  
 Börsendurchschnitt 13.84 M. Gesamtumjah: Rundkäse 82 226  
 Pfund. **Markttag:** Für Butter überaus rege Nachfrage, wohl  
 auch im Hinblick der höheren Preise der sonstigen Speiseje.  
 Für Weichkäse und Rundkäse sehr gute Nachfrage.

**Die Käsepreise.**

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß sich die regel  
 mäßig erscheinenden Berichte der Remptener Käsebörsen nur auf  
 bayerische Käse beziehen. Bayern hat immer noch Ausfuhrver  
 bot. Da die Verhältnisse in der Käsefabrikation Württembergs  
 anders liegen, wie in ersterem Lande, so sind auch andere Käse  
 preise gerechtfertigt. In der letzten Versammlung des mit  
 telpflichtigen Vereins des württ. Allgäus und der Landesver  
 sorgungsstelle Stuttgart wurden folgende Richtpreise verein  
 bart: Für halbjährige Emmenthalerkäse 15 M, für Fertigerzeug  
 nisse und bei ganzen Laiben 16.80 M. Für Schweizerkäse je 1 M  
 billiger. Für Weichkäse halbjährige Ware 7.70 M und für Fer  
 tigerzeugnisse im Großhandel 9.40 M. Ueber die Ladenpreise  
 direkt an Verbraucher sind Richtpreise nicht festgelegt worden.

**Markte.**  
**Pferde und Vieh.**

**(S. 2.) Oberlintheim, 9. Nov.** Zufuhr: 220 Stück Milch  
 schweine. Alles verkauft zum Preise von 300-720 M pro Paar.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an  
 den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch  
 die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: B. B. Rudolph, Calw.  
 Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Auguststeuer.**  
 uns: Den Gemeinden  
 die Schuld an Fabrik  
 allenen Helden angebr  
 inden für künstliche  
 Biele Gemeinden lassen  
 sich um Beratung an  
 Wirklichkeit verhält  
 ch das Gesetz sind tab  
 „Zies- und Schmuck  
 der Auguststeuer befreit  
 nerungsmale und we  
 e solche schlichte An  
 rung des Landesamts  
 künstlicher und schlicht  
 miteinander beden, so  
 zeichnen von Künstl  
 Amtsstelle als „schlichte  
 Württemberg ist die ein  
 auszustellen befugt. In  
 ung für Kriegerehrun  
**Württemberg**  
 n.  
 Abg. Feuerstein ab  
 wurde beschlossen, an  
 gabe wegen Anerken  
 Körperlichkeit zu rich  
 von den Beiträgen zu  
 verständliche Folge der  
 der sich ständig ver  
 wirtschaftlichen Aus  
 ein Gutachten auszu  
 Kammer die Regie  
 lberlegung und Abhilfe

**Amtsgericht Calw.**

Im Genossenschaftsregister wurde heute eingetragen:  
**Darlehenskassenverein Hirsau,**

eingetr. Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht,  
 Sitz in Hirsau, Staat vom 30. Oktober 1921.  
 Zweck der Genossenschaft ist, ihren Mitgliedern die zu  
 ihrem Geschäfts- und Wirtschaftsbetrieb nötigen Geldmittel  
 in verzinslichen Darlehen zu beschaffen sowie Gelegenheit zu  
 geben, mißglückende Gelder verzinssich anzulegen. Außer  
 dem kann dieselbe für ihre Mitglieder den gemeinschaft  
 lichen Ankauf landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände sowie  
 den gemeinschaftlichen Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse  
 vermitteln. Mit der Genossenschaft kann eine Sparkasse ver  
 bunden werden.

Vorstandsmitglieder sind:  
 1. Rudolf Rapp, Zimmermeister, Vorsteher;  
 2. Georg Westermann, Gemeindepfleger, Stellvertreter  
 des Vorstehers;  
 3. Eberhard Elwert, Regierungsrat;  
 4. Eugen Veert, Privatmann;  
 5. Philipp Koch, Oberpostsekretär, sämtlich in Hirsau  
 wohnhaft.

Rechtsverbindliche Willenserklärung und Zeichnung für  
 die Genossenschaft erfolgen durch den Vorsteher oder seinen  
 Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder des Vorstandes.  
 Die Zeichnung erfolgt, indem der Firma die Unterschriften  
 der Zeichnenden hinzugefügt werden. Bei Anleihen von  
 100 M und darunter genügt die Unterzeichnung durch zwei  
 vom Vorstand dazu bestimmte Vorstandsmitglieder.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter  
 der Firma derselben und geschehen durch den Vorsteher oder  
 den Vorsitzenden des Aufsichtsrats im Amtsblatt des Ober  
 amtsbezirks.  
 Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der  
 Dienststunden des Amtsgerichts jedermann gestattet.  
 Den 3. November 1921. Obersekretär Hirth.

**2 tüchtige Knechte  
 zum Langholzfahren**

sucht bei freier Kost und Unterkunft  
 und 350 Mk. Wochenlohn  
**C. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach-Saar.**  
 Zur Einreiseerlaubnis nach dem Saargebiet  
 ist ein Paß vom Oberamt notwendig.

**Gehingen.**

Die zur Ausführung der Feldbereinigung II erforderlichen  
**Marksteine**

werden zur Lieferung vergeben und zwar  
 2000 St. Grenzsteine bis 1. April 1922  
 2480 " " " 1. Jan. 1923  
 120 " " " 1. " 1922  
 Die weiteren Bedingungen liegen hier zur Einsicht auf.  
 Angebote sind bis spätestens 20. November 1921 hierher  
 einzureichen.  
 Den 8. Nov. 1921. Schultheißenamt: Schmidt.

**Gemeinde Bergorte  
 Oberamt Calw.**

**Holz-  
 Verkauf**  
 Am Dienstag, den 15. November 1921, nachm.  
 1 Uhr kommen auf dem Rathaus in Aichelberg im öffentl.  
 Auktionsverfahren folgende Hölzer in verschiedenen Losen aus den  
 Waldabteilungen Distrikt I, II und III zum Verkauf:  
 93 Rm Papierholz  
 191 Rm Anbruchholz (tannenes)  
 6 Rm Anbruchholz (eichenes)  
 Gemeinderat.

**Möbel-Einkäufer**

sucht Speise-, Herren- u. Schlafzimmer  
 in Eiche, jede Größe und Ausführung gegen so  
 fortige Kasse.  
 Zuschriften unter S. L. 3443 an Ala-Haafen  
 stein & Vogler, Stuttgart.

**Verloren**

ging eine braune  
**Brieftasche**  
 mit größerem Geldbetrag  
 auf dem Weg von Neubu  
 nach Calw. Der ehrliche  
 Finder wird gebeten, solche  
 gegen gute Belohnung abzu  
 geben beim  
 Stadtschultheißenamt  
 Neubulach.

**Verloren**

ging am Dienstag abend eine  
 schwarz Damenplüschhappe  
 vom Liebenzeller Bahnhof  
 bis Post. Der ehrl. Finder  
 wird gebeten, dieselbe gegen  
 Belohnung abzugeben in der  
 Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Gewünscht wird für sofort  
 ein gutmöb  
 liertes, heizbares  
 Zimmer.**

Gest. Angebote unter S.  
 H. 263 an die Geschäfts  
 stelle ds. Bl.

**Diensboten-Gesuche**

haben  
 in unserem  
 Blatte (da ja der  
 größte Teil der Auf  
 lage Verbreitung  
 auf d. Lande  
 findet)  
 gewünschten Erfolg!

**Suche gebrauchtes  
 Piano**

eventuell kleinen Flügel  
 zu kaufen. Angebote unter  
 S. C. 3558 an Ala-Haafen  
 stein & Vogler, Karlsruhe.

**Bad Liebenzell.**

im Gasthaus zum „Waldhorn“  
 am Sonntag  
**große  
 Hunde-Schau**

Fahrnis-Versteigerung.

Unterzeichneter verkauft im Auftrag am Montag, den  
 14. November, nachmittags 2 Uhr, im Hause 616, im  
 Leuchtelweg, part., gegen Vorzahlung:  
 2 Plüschsofa, 1 Sekretär, Stühle, Tisch,  
 1 lack. Kleiderkasten, 2 Waschtische, 2 eis.  
 Bettstellen, Spiegel, Bilder, Galerien sowie  
 Sonstiges.  
 Liebhaber sind eingeladen.  
 Stadtinventierer Kolb.

**Unterlengenhardt.  
 Eine  
 Kuh**

mit Kalb (Holländerschlag)  
 unter zwei die Wahl, jetzt  
 dem Verkauf aus.  
 Fr. Kappler, Unterdorf.

**Igelstock.**

Eine ältere  
 (30 Bock  
 trächlige)  
**Kuh- und Fahrkuh**  
 hat zu verkaufen  
 Johannes Stahl.

**Eine fast neue zweischläfrige  
 Bettstelle**

liefert 2x1,30 breit verkauft  
 Emil Höslin, Hirsau,  
 Viehhof.  
 Derselbe sucht eine gebrauchte  
**Hobelbank**  
 zu kaufen.  
 Verkäufe besonderen Um  
 ständen halber meinen 1 1/2  
 Jahre alten gelben  
**Halb-Hund**  
 Rüde,  
 erstklassiger Haus-, Hof- und  
 Begleithund garantiert stock  
 und manuell, kinder- und  
 geflügelromm.  
 Wer, sagt die Geschäfts  
 stelle dieses Blattes.

Holzbronn, den 9. November 1921.

### Todes-Anzeige.



Schmerz erfüllt teilen wir Freunden und Bekannten die Nachricht mit, daß mein innigstgeliebter Gatte, unser guter Sohn, Bruder und Schwiegerohn

## Georg Wilhelm Wader

nach schweren Leiden unerwartet schnell verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

die Frau: **Räthe Wader**, geb. Beutler;  
die Eltern: **Christoph Wader**, Ortsfeuerbeamter, mit Frau;  
die Schwester: **Marie Wader**;  
die Schwiegereltern: **Jak. ob Beutler**, alt Gemeindepfleger, mit Familie.

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr.

Maissenbach, den 7. November 1921.

### Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Gatten, Vaters, Großvaters und Schwiegervaters

## Friedrich Steininger

alt Hirschwirt

erfahren dürfen, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Gaiser am Grabe, für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die erhebenden Trouergesänge des Gesangsvereins Oberkollbach und des herrlichen Jungfrauenchors, sowie für die ehrende Kranzniederlegung der Bäckerei Calw lagen wir unsern tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Sonnenhardt, den 9. Novbr. 1921.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Kindes

## Karl

erfahren dürfen, sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank Besonderen danken wir dem Herrn Stadtpfarrer Eberhardt aus Javelstein für die trostreichen Worte am Grabe, Herrn Dozentlehrer Schneider und dem Männergesangsverein Sonnenhardt für den erhebenden Gesang, den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst, sowie allen, welche ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten.

Die trauernden Eltern:

**Fritz Schönhardt mit Frau Barbara**, geb. Gadenheimer.

Von der Reise zurück

## Dr. Roth

Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohren-Krankheiten

Pforzheim, 10-1 und 3-5 Uhr, Bahnhofplatz 3 L.

Die Mitglieder wollen ihren Mehlbedarf umgehend anmelden.

Einkaufsgenossenschaft für das Bäckergewerbe Calw e. G. m. b. H.

Prima

Hausmacher-**Rudeln**,

sowie

**Hefe**

Preis frisch, empfiehlt Bäckerei Dierlamm, Biergasse 130.

Auch mit wenig Geld kann Jedermann sein Einkommen erhöhen! Fragt die Geschäftsstelle Stuttgart, Neckarstraße 22, 3.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 12. Nov. 1921 stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Unterhaugstett freundlichst einzuladen.

**Georg Kentschler**

Sohn des † Michael Kentschler in Unterhaugstett.

**Räthe Seeger**

Tochter des † Martin Seeger in Unterhaugstett.

Kirchgang um 12 Uhr in Monakam.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Dillweihenstein-Ottenbronn.

**Josef Mezler**

**Marie Bertich**

Tochter der Familie Bräuning

geben sich die Ehre, Verwandte, Freunde und Bekannte zu ihrer am Samstag, den 12. November 1921 stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Waldhorn“ in Hirsau freundlichst einzuladen.

Kirchgang 1 Uhr in Hirsau.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 12. November 1921 stattfindenden

## Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Ochsen“ in Liebenzell freundlichst einzuladen.

**Anton Wagner**,

Sohn des † Wilhelm Wagner in Weilerstadt.

**Pauline Sattler**,

Tochter des Jak. Sattler, Tagelöhner in Bad Liebenzell.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 13. November 1921, stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Adler“ in Denaßbüchel freundlichst einzuladen.

**Johannes Kusterer**

Sohn des Johann Georg Kusterer, Bauer in Oberkollbach

**Marie Reck**

Tochter des † Gottlieb Reck, Denaßbüchel.

Kirchgang 1/2 1 Uhr in Unterreichenbach.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Althengstett.

Wir beehren uns, alle Verwandten und Bekannten zu unserer am Samstag, den 12. Nov. 1921, stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Lamm“ einzuladen.

**Karl Benerle, Zimmermann**

**Mina Korof**

Kirchgang 1/2 1 Uhr.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 12. Novbr. 1921, stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Anker“ in Reuthheim freundlichst einzuladen.

**Johann Reich Harisch**

Sohn des † Jakob Harisch, Reuthheim

**Marie Albeck**

Tochter des † Jakob Friedrich Albeck, Cannstatt.

Kirchgang 1 Uhr in Reuthheim

**Der helle Kopf**

Dr. Oetker's Backpulver Backin  
Dr. Oetker's Puddingpulver  
Dr. Oetker's Gustin

ist die Schutzmarke der echten **Dr. Oetker's Fabrikate**

Man achte beim Einkauf darauf, daß man nur diese erhält!

## Tapeten

in großer Auswahl auf Lager Emil G. Widmaier, Bahnhofstraße.

Sunge

## Mädchen

welche Lust haben die Vörsen- und Geschlechtsfabrikation zu erlernen zu sofortigem Eintritt bei sofortigem Verdienst gesucht.

C. Rothfuß, Hirsau, Geschlechtsfabrikation.

Ein wenig gebrauchter, gut ausgemauertes, eisener

## Backofen

124 cm lg., 71 cm br., 169 cm hoch, sowie ein guterhart.

**Herd**

60x85 cm entbehrlichkeits- halber zu verkaufen.

Louis Vog, Sägewerk, Unterreichenbach Fernsprecher 6.

## Ratten! Mäuse!

töret unheilbar Acker, ohn. Zu haben bei Huthsio, ner & Kistowsky, Ritten-Drog.

Beinberg.

Eine schwere



Mug- u. Schaffkuh

mit dem 2. Kalb, 36 Wochen tragend, verkauft

Michael Koller.

## Ostertag

Kassenschränke  
Mauerschränke

Vertreter für die Oberämter Calw u. Nagold:

**Georg Köbele, Nagold.**

## Zwei tüchtige selbständige Gatterfänger

sucht bei sofortigem Eintritt bei freier Kost und Logis u. einen Stundenlohn v. 7 Mk. C. Pfleger, Sägewerk, Birkenfeld/Nalhe.

## Felle

Maulwurf, Kanin, Feldhasen, Reh, Gase, Fuchs, Marder, sowie alle anderen Felle

kauft zu den höchsten Preisen an.

**Erich Maischhofer, Pforzheim**  
Mod. Tierausstopferei, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

## Färberei Strubberg

Chem. Waschanstalt.

Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.